

20 neue Einsatzfahrzeuge vom Bund

Bonn (NRW). Bundesinnenminister Alexander Dobrindt hat am 30.04.26, in Bonn 20 Spezialfahrzeuge für den Zivilschutz an Einsatzkräfte übergeben. Darunter zehn CBRN-Erkundungswagen und die ersten zehn von insgesamt 61 Mannschaftstransportwagen Führung Dekontamination Verletzter. Die vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) entwickelten und beschafften Fahrzeuge wurden von ehren- und hauptamtlichen Kräften aus Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz entgegengenommen.

Vor der Übergabe durch den Minister stellte das BBK die Fahrzeuge und die damit verbundenen Zivilschutzfähigkeiten anschaulich im Einsatz vor.

In einem fiktiven Anschlagsszenario wurde eine Kontamination festgestellt, Verletzte dekontaminiert sowie versorgt, und damit die Bevölkerung vor einer weiteren Ausbreitung des chemischen Wirkmittels geschützt.

Das Tückische an Szenarien wie diesen: Viele Gefahrenstoffe sieht, hört und riecht man nicht.

Und genau hierfür sind die CBRN-Erkundungsfahrzeuge (kurz: CBRN ErkW) des BBK da: Sie erkennen auch unsichtbare Gefahren, messen und bewerten diese, damit Einsatzkräfte und Bevölkerung sich in Sicherheit bringen können.

Der neue Mannschaftstransportwagen Führung Dekontamination Verletzter (kurz: MTW Fü Dekon V) unterstützt im Einsatz bei der Koordination von anspruchsvollen Lagen.

„Diese modernen Zivilschutzfahrzeuge erweitern unsere Fähigkeiten und unterstützen im Einsatz – und zwar genau jene rund 1,7 Millionen Ehrenamtlichen im Bevölkerungsschutz, die im Ernstfall Verantwortung übernehmen. Unsere Fahrzeuge geben ihnen die notwendige Ausstattung, um ihre Aufgaben gut und sicher zu erfüllen.“

Ohne das Engagement der Einsatzkräfte und die vertrauensvolle Zusammenarbeit über Verwaltungs- und Organisationsgrenzen hinweg wäre ein funktionierender Bevölkerungsschutz nicht möglich.“

Die neue BBK-Präsidentin Grit Tüngler sprach über den Einsatz der CBRN-Erkunder.

Der CBRN-Erkundungswagen (kurz: CBRN ErkW) Er dient dem Transport von Personal und Fach-

dienstausstattung in das Einsatzgebiet, auch auf teilerstörter Verkehrsinfrastruktur. Zu seinen Aufgaben gehört die schnelle und mobile Feststellung von chemischen und radioologischen Gefahren.

Neben Industriechemikalien können auch chemische Kampfstoffe detektiert werden. Außerdem ist die Probenahme von chemischen (C), biologischen (B), radioologischen (R) und nuklearen (N) Stoffen für eine spätere Analyse durch die Analytische Task Force möglich.

Zu dem Erkunder:

Mit der Ausstattung des Erkunders können die Einsatzkräfte außerdem kontaminierte Gebiete markieren, per Lautsprecher Warnungen für die Bevölkerung in gefährdeten Gebieten absetzen und automatisiert Messdaten übertragen.

Das BBK hat dieses Fahrzeug entwickelt und 397 beschafft. Im Ernstfall soll innerhalb von 30 Minuten an jedem Ort in Deutschland ein Erkundungswagen an der Einsatzstelle sein. Die Fahrzeuge sind in der Regel bei freiwilligen Feuerwehren stationiert und kosten 311.000 Euro je Stück.



Der Mannschaftstransportwagen Führung Dekontamination Verletzter (kurz: MTW Fü Dekon V)

Der MTW Fü Dekon V ist Teil des Dekontaminationszugs für Verletzte (kurz: Dekon V Zug), welcher aus insgesamt zwei Mannschaftstransportwagen und drei Gerätewagen besteht.

Der Dekon V Zug kommt zum Einsatz, wenn Patientinnen und Patienten mit einem gefährlichen Stoff etwa einem Kampfstoff oder einer gefährlichen Chemikalie kontaminiert werden, der von der Haut ent-

fernt werden muss.

Mit dem MTF FÜ Dekon V werden Führungs- und Einsatzkräfte dieser Einheit transportiert.

An der Einsatzstelle dient das Fahrzeug dem Zugführer des Dekon V Zugs als Führungsstelle. Hierfür ist es unter anderem mit einem Funkarbeitsplatz, Material zur Lagedarstellung, einem Vorzelt und einem Stromerzeuger zum autarken Betrieb ausgestattet.

Durch den Allradantrieb und das geländefähige Fahrgestell, kann der Wagen auch bei widrigen Bedingungen seinen Einsatzort erreichen.

Jede der 61 Medizinischen Task Forces des Bundes in Deutschland wird eines dieser Fahrzeuge erhalten. Sie kosten 175.000 Euro pro Stück.



Text, Fotos: BBK/C&S Media/Peter Jülich

Aus dem Netz zum Thema Katastrophenschutz

10 Milliarden Euro. Bis 2029. Für digitale Warnsysteme. Schutzräume. 1.500 neue Einsatzfahrzeuge. Bundesinnenminister Dobrindt nennt es „den größten Modernisierungsschub im Bevölkerungsschutz seit Jahrzehnten“. Er hat recht – die Investition ist überfällig.

Ich begrüße jeden Euro davon.

Aber wenn der „Pakt für den Bevölkerungsschutz“ im Mai vorgestellt wird, frage ich mich: Wer fährt die 1.500 Fahrzeuge?

Wer rückt aus, wenn das digitale Warnsystem auslöst?

Die Antwort ist seit Jahrzehnten dieselbe: 1,7 Millionen Ehrenamtliche. Bayerisches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Malteser in Deutschland, Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., DLRG. Menschen, die nach der Arbeit in die Einsatzkleidung steigen. Die ihren Urlaub für Lehrgänge nehmen. Die nachts ausrücken, wenn der Pager piept.

Dobrindt selbst sagt: „Das Schutzversprechen des Staates beruht auf diesen Kräften.“ Das ist richtig. Aber im Pakt – soweit kommuniziert – steht für genau diese Menschen kein einziger Euro. Was sie seit fast zwei Jahrzehnten fordern, heißt Helfergleichstellung: Bundeseinheitliche Freistellungsansprüche bei Einsätzen, Übungen, Ausbildung – wie bei den Feuerwehren.

Echte Lohnfortzahlung mit verlässlicher Erstattung für Arbeitgeber.

Heute haben wir stattdessen 16 verschiedene Landesregelungen. Helfer, die ihren Jahresurlaub für Großübungen verbrauchen. Kleine und mittlere Betriebe, die ihre Mitarbeiter de facto vor die Wahl stellen: Karriere oder Ehrenamt.

10 Milliarden Euro für Material, das ohne ausgebildete, freigestellte, geschützte Menschen in der Halle steht – das ist keine Strukturreform. Wenn der Pakt im Mai ohne Helfergleichstellung kommt, ist er ein Pakt mit dem System – aber nicht mit den Menschen, die das System tragen.

Was sind eure Erfahrungen mit Freistellung, Erstattung, Absicherung?

An die Arbeitgeber: Was würde euch wirklich helfen? Dobrindt selbst sagt: „Das Schutzversprechen des Staates beruht auf diesen Kräften.“ Das ist richtig. Aber im Pakt – soweit kommuniziert – steht für genau diese Menschen kein einziger Euro.

Was sie seit fast zwei Jahrzehnten fordern, heißt Helfergleichstellung:

Bundeseinheitliche Freistellungsansprüche bei Einsätzen, Übungen, Ausbildung – wie bei den Feuerwehren. Echte Lohnfortzahlung mit verlässlicher Erstattung für Arbeitgeber.

Heute haben wir stattdessen 16 verschiedene Landesregelungen. Helfer, die ihren Jahresurlaub für Großübungen verbrauchen. Kleine und mittlere Betriebe, die ihre Mitarbeiter de facto vor die Wahl stellen: Karriere oder Ehrenamt.